

ZUKUNFTSREGION HANNOVER. IN GUTEN HÄNDEN.

KOMMUNALWAHLPROGRAMM DER SPD REGION HANNOVER 2016–2021

1 Programm zur Kommunalwahl, beschlossen am 30.04.2016

2	Inhaltsverzeichnis	
3	I. Das haben wir erreicht: Unsere Bilanz der letzten fünf Jahre	3
4	II. Die Herausforderungen für die Zukunft der Region Hannover	8
5	III. Unsere Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre	11
6	IV. Unser Programm: Zuhause in der Region Hannover	12
7 8	1. Für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und ein gutes Leben von Jung bis Alt i unserer Region	
9 10	1.1 Lebendige Städte und Dörfer durch starke Zentren und Zusammenarbeit in der Ro	_
11	1.2 Gute Gesundheit und Pflege - Moderne Krankenhäuser in der Region	15
12	1.3 Gemeinsam für Gleichstellung in allen Bereichen	16
13	1. 4 Inklusion ist eine soziale Aufgabe	17
14	1.5 Vielfältige und weltoffene Region	18
15	1.6 Zusammenhalt durch Kultur und Sport in der Region	19
16 17	1.7 Stärkung der Demokratie und des Ehrenamts als Basis für den Zusammenhalt un Gesellschaft	
18 19	2. Für gute Arbeit und Wohlstand durch Stärkung der Wirtschaftskraft und des Mittels	
20	2.1 Fachkräfte sichern, Aufstieg ermöglichen	25
21	2.2 Zukunftsbranchen stärken	26
22	2.3 Wirtschaft 4.0 – Digitalisierung gestalten	27
23	3. Für exzellente Bildung und Betreuung unserer Kinder	29
24	4. Für bezahlbares Wohnen und Leben in der Region	32
25	5. Für eine moderne Mobilität in der Region - Verkehrswege in die Zukunft	34
26	6. Für gutes Klima, neue Energien und eine grüne Region	37
27 28	7. Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik	41

I. Das haben wir erreicht: Unsere Bilanz der letzten fünf Jahre.

Bilanz 2011-2016

Kurs gehalten – Prioritäten gesetzt – neue Aufgaben angepackt

Die Region Hannover ist mit der Kommunalwahl 2011 in ihre dritte Wahlperiode gestartet. Sie hat sich seit der Gründung im Jahr 2001 weiterentwickelt und als kommunale Gebietskörperschaft bewährt. Daran werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter festhalten. Sie gilt über die Grenzen Niedersachsens hinaus als beispielhaft und zukunftsweisend für kommunale Zusammenarbeit in Großräumen. Ihre positive Entwicklung wird maßgeblich durch die faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Region und den 21 Städten und Gemeinden in dem Lebens- und Arbeitsraum von rund 1,2 Millionen Menschen im Zentrum Niedersachsens geprägt.

In den bisherigen Wahlperioden haben SPD und Grüne die Regionspolitik im Wesentlichen gestaltet. So soll es bleiben.

Wir haben dafür gesorgt, dass die öffentliche Daseinsvorsorge dem öffentlichen Einfluss erhalten bleibt und modernisiert wird. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass kommunale Demokratie möglich bleibt und wird. Darauf können wir stolz sein. Aber darauf wollen wir uns nicht ausruhen. Die Gestaltung und Verbesserung der Region Hannover im Interesse der hier lebenden Menschen ist eine ständige nicht endende Aufgabe. Wir werben deshalb für eine Fortsetzung der vertrauensvollen und verantwortungsbewussten Zusammenarbeit bei der Lösung der politischen Herausforderungen in den kommenden Jahren.

Die Region Hannover lebt und gewinnt durch das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Sie bestimmen den politischen Kurs in Ihren Gemeinden, Städten und in der Region.

Nur mit noch mehr verlässlicher Kooperation sind unnötige Konflikte zu vermeiden und sinnvolle Kompromisse erreichbar. Das haben wir bei zwei schwierigen Themen gelernt: Der Neuordnung der Abfallgebührensatzung und der künftigen Struktur des Klinikums Region Hannover GmbH (KRH).

Wir wollen, dass in kritisch-konstruktiver Zusammenarbeit zwischen der Regionsversammlung und der Regionsverwaltung mit ihrem wiedergewählten Regionspräsidenten Hauke Jagau in schwierigen Zukunftsfragen solide und tragfähige Lösungen erarbeitet werden.

Die Erfahrungen mit dem Bürgergutachten zur Abfallgebührensatzung

und der Einbeziehung der betroffenen Standortgemeinden und der Be-

schäftigten bei der Suche nach Kompromisslösungen für die künftige

Struktur des KRH bestärken uns darin, effiziente Bürgerbeteiligung in der Praxis verstärkt anzuwenden. In beiden Fällen hat sich der zusätzliche Aufwand gelohnt.

Hochqualitative Krankenversorgung vor Ort erhalten

Mit der Inbetriebnahme des neuen Siloah-Oststadt-Heidehauses hat die Region Hannover als Trägerin des Klinikums Region Hannover GmbH einen wichtigen Schritt zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des KRH und hochwertiger medizinischer Versorgung unternommen.

In dieser Wahlperiode wurde deutlich, dass die Klinikum Region Hannover GmbH (KRH), aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Krankenhäuser ihre Strukturen grundlegend verändern musste. Auch in anderen Häusern der KRH kam es zu Bündelungen und Veränderungen, welche optimale medizinische Versorgung durch die KRH sicherstellen.

Um den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung garantieren zu können und somit attraktiv für die Menschen in der Region und die Beschäftigten der KRH zu bleiben, wurde ein Medizinkonzept von der KRH erstellt. Auf dieser Basis haben wir mit großem Engagement um die notwenigen, aber dennoch vertretbaren Struktur- und Standortentscheidungen gerungen. Die letztlich erzielten Beschlüsse für Gehrden/Springe und Großburgwedel/ Lehrte schaffen nicht nur Planungssicherheit. Für die SPD sind sie auch die Basis für eine leistungsfähiges Medizin- und Krankenhausangebot zur gleichmäßigen Versorgung der Menschen aus einem Klinikum weiterhin in kommunaler Hand.

Arbeit im Alter unterstützt und Wirtschaft gefördert

Ein weiterer wichtiger Teil unserer Politik war und ist die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Uns geht es darum, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten bzw. in Beschäftigung zu bringen und Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit zu entwickeln.

Konzepte für mehr Jugendbeschäftigung umgesetzt – Jugendarbeitslosigkeit konsequent bekämpfen

Die SPD in der Region Hannover hat sich die deutliche Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit in der Region Hannover bis 2016 als wichtiges Ziel gesetzt. Auf dem Weg dahin hat die SPD das Programm zur "Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" mit gemeinsam mit unserem Koalitionspartner umgesetzt. Insgesamt zehn Millionen Euro wurden zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zusätzlich zur Verfügung gestellt. Wichtige Projekte und Initiativen konnten so gestartet werden. So unterstützen ganz beson-

ders die Ausbildungslotsen erfolgreich Jugendliche in der Übergangsphase zwischen Schule und Beruf bei der Berufsorientierung. Ziel ist es, das alle Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen wollen, einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen, dass noch weitere Schulen mit Ausbildungslotsen ausgestattet werden. Auch die Einrichtungen von "Jugendberufsagenturen" in Garbsen und Hannover sind ein Erfolg unserer Politik. Hier erhalten Jugendliche mit den Partnern der Jugendhilfe, der Agentur für Arbeit und dem JobCenter Unterstützung "aus einer Hand". Jugendberufsagenturen sollen dort, wo es gewünscht wird, weiter eingerichtet werden.

Berufsschulen zukunftsfähig gemacht

Eines der ersten Projekte nach der Regionsbildung war die Neuordnung der Berufsbildenden Schulen. Es ist uns gelungen, diese Schulen zu branchenorientierten Kompetenzzentren weiter zu entwickeln. Nun werden in den Berufsbildenden Schulen hauptsächlich miteinander verwandte Bildungsgänge unterrichtet. Im Sommer 2013 haben wir dann die Rahmenbedingungen für ein neues Berufsschulkonzept auf den Weg gebracht. Nach intensiven Beratungen sind Veränderungen und Bündelungen vorgenommen worden. Für die Berufsschullandschaft in der Region ist uns wichtig, dass unsere Berufsschulen leistungsstark bleiben und somit die Chancen auf einen guten Berufsweg für die Jugendlichen gesichert und erhöht werden. Wir sehen die Schulentwicklung aber nie als abgeschlossen an. Wir werden uns in der Region Hannover immer wieder mit neuen Ausbildungsgängen, variierenden Schülerzahlen und Veränderungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt befassen. Denn nur so bekommen junge Menschen einen Arbeitsplatz.

Die solidarische Region nach vorn gebracht

Wir setzen uns auch weiterhin für eine gerechte und soziale Region Hannover ein. Bei unserer Arbeit stehen die Menschen im Mittelpunkt. In den letzten Jahren haben wir zusätzliche Pflegestützpunkte in den Kommunen geschaffen und es gibt jetzt mehr Beratungsstellen vor Ort. Außerdem haben wir den Ausbau des Sozialtickets im ÖPNV mit einer um 50% günstigeren Monatskarte vorangebracht und ebenso ein Sozialticket für den Zoo eingeführt. Mit der Sprachförderung und der Unterstützung der naturwissenschaftlichen Grundbildung haben wir ebenso wie mit einer geänderten Förderrichtlinie den Rahmen für eine Qualitätsentwicklung in den Kindertagesstätten in der Region erheblich verbessert.

Nahverkehr erhalten und ausgebaut

Mobilität für alle erhalten und ausbauen: Dieses Ziel aus unserem letzten Wahlprogramm haben wir umgesetzt und wollen uns ständig noch weiter verbessern. "Mobilität für alle" bedeutet einen gut ausgebauten und aufeinander abgestimmten Nahverkehr ohne Barrieren in der gesamten Regi-

on. Der barrierefreie Ausbau der Stadtbahn von Ahlem zum Hauptbahnhof hat begonnen. Auch der Spatenstich für die Stadtbahnverlängerung nach Hemmingen hat stattgefunden. Desweiteren ist eine Verlängerung der Stadtbahn in Garbsen und der Umsteigepunkt Hannover-Waldhausen in Planung. Durch kleinere bauliche Maßnahmen haben wir das S-Bahnnetz noch einmal deutlich verbessert, auf wichtigen Strecken können Verstärkerzüge eingesetzt werden. Die Stadtbahnverlängerung nach Misburg wurde fertiggestellt und eröffnet. Dort fahren inzwischen neue Stadtbahnen vom Typ TW 3000.

170171172

173

174

175

162

163

164

165

166

167

168

169

Wir haben durchgesetzt, dass der Nahverkehr in öffentlicher Hand bleibt: Die im Netz der üstra erbrachten Verkehrsleistungen bleiben für die nächsten 22 Jahre bei der üstra. Gleiches streben wir für RegioBus und die Linien im Umland an. Das ist Qualitätssicherung für die Fahrgäste und Beschäftigungssicherung für die Angestellten von üstra und RegioBus.

176177178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

194

195

196

197

198

199

200

Flüchtlinge aufgenommen und Integration vorangebracht

Wir stehen gemeinsam vor der Herausforderung, den hier ankommenden Flüchtlingen und schutzsuchenden Menschen angemessene und menschenwürdige Hilfe zu gewähren. Bis vor wenigen Monaten konnte keine politische Ebene die Dimension der notwendigen Maßnahmen genau abschätzen. Daraus entstand ein hoher und plötzlicher Koordinierungsbedarf. Dieser wird zwischen der Region Hannover und den Kommunen entsprechend ihrer Zuständigkeit aufgeteilt. Dabei haben sowohl die Regionsverwaltung als auch alle ehrenamtlich Tätigen in der Region hervorragende Arbeit geleistet. Besonders die Unterbringung und Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge ist eine große Herausforderung für die Region. Dieser Verantwortung haben sich Verwaltung und Politik gestellt. Für eine langfristige Integration haben wir uns für einen Aktionsplan für ein solidarisches Zusammenleben in der Region Hannover eingesetzt. Wir arbeiten an Konzepten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie die sichere Unterbringung von allein reisenden Frauen und ihren Kindern. Integration von Zugewanderten kann nur mit einer Integration am Arbeitsmarkt gelingen. Deshalb gibt es jetzt ein Arbeitsprogramm für die Ausbildung und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten und Geflüchteten. Dieses wird in Kooperation mit der Agentur für Arbeit, den JobCentern und weiteren Partnern in Auftrag genommen. Darüber hinaus haben wir uns bereits mit einer Verstärkung der Wohnungsbauförderung befasst, ein Thema welches uns auch in den nächsten Jahren fordern wird.

201202

Klimaschutz verbessert und Altlastensanierung begonnen

Die Teilnahme der Region Hannover am bundesweiten Pilotprojekt "Masterplan – 100 % Klimaschutz" haben wir maßgeblich unterstützt. In dem Konzept soll dargestellt werden, wie wir bis 2050 insgesamt 95% der

- Treibhausgasemissionen und 50% Energie gegenüber dem Jahr 1990 ein-206
- sparen können. Dieses Klimaschutzkonzept für die Verwaltung der Region 207
- Hannover ist die zukünftige Grundlage für die Klimaschutzarbeit in der 208
- Region. Die Ausführungsplanungen zur Sanierung der Fulgurit-209
- Asbestzementschlammhalde in Wunstorf-Luthe sind abgeschlossen. Der 210
- Abschluss der Bauarbeiten ist für Ende 2016 vorgesehen. Die Region Han-211
- nover wird die Sanierung der Halde vor Ort auf eigene Kosten durchführen. 212

213 214

- Abfallentsorgungssystem modernisiert
- Auch hat uns die Frage einer gerechten Änderung der Abfallgebührensat-215 zung in der letzten Wahlperiode besonders beschäftigt. Die Auswirkungen
- 216
- sollten unter den Bürgerinnen und Bürgern gerecht verteilt werden und 217
- möglichst wenig spürbar sein. Diese schwierige Aufgabe ist der Koalition 218
- aus SPD und Grünen gelungen. Das belegen die Ergebnisse eines BürgerIn-219
- nengutachtens. 220

221 222

- Verantwortlich mit Finanzen umgegangen
- Eine solide Finanzausstattung ist Voraussetzung für gute Kommunalpoli-223
- tik. SPD und Grüne sind angetreten, trotz knapper kommunaler Kassen, 224
- um Politik zu gestalten. Die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, den 225
- langfristigen Konsolidierungskurs zu halten, Versprochenes zu verwirkli-226
- chen und wo nötig neue Aufgaben anzupacken, ist in jedem Jahr die 227
- zentrale Herausforderung an die Politik. Es bleibt deshalb dabei: Alle 228
- Kommunen benötigen eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Hier 229
- sind Bund und Land gefordert. Auskömmliche kommunale Haushalte hän-230
- gen jedoch auch von der jeweiligen eigenen Finanz- und Steuerkraft ab. 231
- Deshalb legen wir Wert auf eine für Menschen und Wirtschaft attraktive 232
- Region. 233

234

- Ein fairer Finanzausgleich zwischen Region und Kommunen sowie eine 235
- Stärkung der finanzschwächsten Städte und Gemeinden zählen wir zu ei-236
- nem unserer ersten wichtigen Erfolge. Über die Neuregelung der Region-237
- sumlage werden insbesondere die finanzschwächsten Städte entlastet. 238
- Das war nur möglich, weil das Verständnis dafür, möglichst gleichwertige 239
- Lebensverhältnisse in allen Teilen der Region zu gewährleisten, deutlich 240
- gewachsen ist. 241

II. Die Herausforderungen für die Zukunft der Region Hannover

Der demografische Wandel wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus

Wir alle erleben eine steigende Lebenserwartung und profitieren davon. Das wirkt sich auf nahezu alle Lebensbereiche aus. Jeder kann es in seinem direkten Lebensumfeld beobachten – im Beruf, in der Nachbarschaft und natürlich auch in der Familie. Unsere Gesellschaft wird älter.

In einigen Gebieten der Region Hannover wird diese Entwicklung immer mehr spürbar werden. Das wird sich auf öffentliche Einrichtungen, wie den öffentlichen Personennahverkehr, die Gesundheitsversorgung oder die Bildung aber auch auf Unternehmen und die Arbeitswelt auswirken. Wir werden unsere soziale Infrastruktur an diese Entwicklung anpassen müssen.

In den nächsten Jahren werden die so genannten "Babyboomer" in den Ruhestand gehen. Damit werden immer mehr Ältere immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen. Das bedeutet für die Unternehmen in der Region Hannover auch, dass es weniger der dringend benötigten Fachkräfte geben wird. Auch wenn es übertrieben wäre von einem Arbeitsmangel zu sprechen, gibt es derzeit bereits Engpässe in bestimmten Berufsgruppen – insbesondere im Handwerk.

Wir wollen eine hohe Lebensqualität für ältere Menschen. Ebenso muss die Region Hannover attraktiv für Jüngere, ganz besonders für junge Familien und Kinder sein. Das betrifft unsere Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ebenso wie die Weiterbildungsmöglichkeiten und ein gutes und breites Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur ein gutes Umfeld kann junge Menschen dazu motivieren, ihr Zuhause in der Region Hannover zu suchen und zu finden. Und wir brauchen sie, denn sie sind die Voraussetzung für eine gute Zukunft, für gute Arbeit und Wohlstand in der Region.

Integration wird die gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit: Unsere Gesellschaft wird bunter und vielfältiger

Vor die aktuell größte Herausforderung stellt uns die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen. Diese Menschen sind vor Krieg, Terror und Unterdrückung zu uns in die Region Hannover geflüchtet. Sie haben einen langen und gefährlichen Fluchtweg hinter sich gebracht. Wir sagen ganz klar: Wenn schutzbedürftige Menschen in Not zu uns kommen, werden wir helfen. Konkret bedeutet das, dass wir erheblich mehr Möglichkeiten zur Unterbringungen von Flücht-

lingen schaffen und notwendige Integrationsmaßnahmen intensivieren müssen.

Die Aufnahme und Integration von so vielen Menschen ist eine große Aufgabe. Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre das schon in der Vergangenheit nur schwer zu bewältigen gewesen. Sie sind die Gesichter der Willkommenskultur und uns allen ein Vorbild. Sie verdienen unseren Dank, unsere Anerkennung und noch mehr unsere Unterstützung. Dabei vergessen wir nicht, dass auch andere in unserer Gesellschaft Hilfe benötigen. Alle Menschen müssen bei uns die gleichen Chancen bekommen und keiner soll Grund dazu haben, sich ausgeschlossen zu fühlen.

Klar ist aber auch: Wenn in so kurzer Zeit so viele Menschen nach Deutschland fliehen, wenn so viele Menschen aus anderen Kulturkreisen zu uns kommen, von denen nur wenige unsere Sprache sprechen, dann sind Sorgen und Ängste in der Bevölkerung normal und müssen aufgenommen werden. Wir müssen deshalb gemeinsam dafür Sorge tragen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, die Regeln unseres Zusammenlebens kennenlernen und akzeptieren.

Nicht akzeptieren werden wir aber Ressentiments, Hetze und rechten Populismus. Es sollte sich auch niemand als geistiger Brandstifter betätigen. Das bereitet den Boden für fremdenfeindliche und rechtsradikale Gewalt und ist somit für die Bedrohung des inneren Friedens unserer Gesellschaft verantwortlich. Dem müssen wir in unserer Demokratie entschlossen und gemeinsam entgegentreten.

Der wirtschaftliche Strukturwandel und die Globalisierung bleiben dauernde Aufgaben

Die Globalisierung verändert unsere Wirtschaft und unser Arbeitsleben. Mit unserer Politik zur Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung zielen wir seit Gründung der Region Hannover auf die aktive Gestaltung der Globalisierung ab. Wir stellen mit einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung die Weichen für mehr Formen der Erwerbstätigkeit und für ein neues nachhaltiges Wachstum. Damit hat die Region eine sichere Grundlage für den Erhalt und den Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Der Erfolg gibt uns Recht. Die Region Hannover ist mit ihren 21 Kommunen dank dieser Politik ein wichtiger Wirtschaftsstandort mit steigenden Beschäftigungszahlen.

Gut qualifizierte Fachkräfte sind die Voraussetzung für den Erfolg unserer Unternehmen. Durch den demografischen Wandel wird der Wettbewerb

um qualifiziertes Personal weiter zunehmen. Unsere Wirtschaft profitiert nicht zuletzt auch von dem vielfältigen und breit gefächerten Bildungsangebot, das von der betrieblichen Bildung bis zu mehreren Hochschulen und Einrichtungen der betrieblichen Weiterbildung reicht. Diese zu erhalten und auszubauen bleibt eine dauernde Aufgabe.

Daneben gewinnt die Digitalisierung weiter an Bedeutung. Sie schreitet in allen Lebensbereichen voran. Schon heute wissen wir, dass es im ganz erheblichen Maße darauf ankommen wird, dass sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese Entwicklung gewappnet sein müssen, wenn wir dauerhaft erfolgreich sein wollen. Die Innovationskraft und -fähigkeit unserer Unternehmen sind entscheidende Faktoren, um die Chancen dieser Entwicklung zu nutzen.

Der Klimawandel und die Energiewende macht lokales Handeln erforderlich

Wir alle merken inzwischen die Auswirkungen des Klimawandels. Bis 2050 wollen wir die klimaneutrale Region Hannover verwirklicht haben. Die größte Herausforderung ist dabei die soziale Gestaltung der Energiewende. Sie ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben für die kommenden Jahrzehnte. Hier vereinen sich die Ziele der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit durch einen aktiven Klimaschutz, durch Verzicht auf Atomstrom, durch Energieeffizienz und die Unabhängigkeit von Energieimporten. Die Herausforderungen liegen sowohl im Großen als auch im Handeln vor Ort.

Unsere Region Hannover ist dank unserer Politik auf vielen Ebenen Spitzenreiter in Sachen Klimaschutz und Energiewende in Deutschland. Mit dem Aktionsprogramm "Masterplan 100% Klimaschutz" haben wir in der Region Hannover konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht. Sie sind die Grundlage für lokale Maßnahmen überall in der Region Hannover – sei es in den Kommunen, in der Wirtschaft oder den Privathaushalten. Zu unseren Leuchttürmen gehören ambitionierte und von uns politisch getragene Klimaschutzkonzepte und -programme in der Region Hannover, sowie Einrichtungen wie "proKlima" und die Klimaschutzagentur Region Hannover GmbH.

Alles das bildet eine gute Grundlage, um die Ziele des Masterplans umzusetzen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft in der Region Hannover. Globales Denken und lokales Handeln muss auch weiterhin die politische Richtschnur bleiben, damit wir die Energiewende in der Region Hannover aktiv gestalten können.

Die Bewältigung der Aufgaben von morgen macht kommunale Zusammenarbeit immer wichtiger

Die Region Hannover ist ein Vorbild für stadtregionale Kooperationen. Sie trägt als starke Einheit zur Steigerung der Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden bei. Das ist auch ein Erfolg von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Die Region muss sozial ausgleichend wirken. Wir brauchen die Solidarität der finanzstärkeren mit den finanzschwächeren Regionskommunen. Dafür müssen wir vorhandene Kooperation vertiefen. Nur so können wir gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in der Region gewährleisten.

Die Erfüllung der kommunalen Kernaufgaben steht im Spannungsfeld gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen. Im Wesentlichen sind das die soziale Gestaltung des demografischen Wandels, die Veränderung unserer Gesellschaft und Bevölkerung und die Anforderungen an die Gestaltung des Klimawandels - all dies unter den Bedingungen unterschiedlicher Finanzkraft der kommunalen Haushalte. Diese Herausforderungen machen eine Vertiefung der Regionsbildung und vielfältige Kooperationen der Regionskommunen untereinander unausweichlich. Nur gemeinsam können die Kommunen die vor ihnen liegenden Aufgaben zum Wohle aller hier lebenden Menschen bewältigen.

III. Unsere Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre

 Wir wollen den Zusammenhalt in der Region Hannover stärken, indem wir die soziale Teilhabe ausbauen, die breite Vielfalt der Region stärken, die Integration fördern und das Ziel der Inklusion zur Querschnittsaufgabe in allen Lebensbereichen machen.

• Wir wollen Familien stärken, indem wir gerechte Bildungschancen erhöhen und den Ausbau der Kinderbetreuung weiter voranbringen.

 Wir wollen bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen, indem wir den Neubau und die Modernisierung von Wohnraum fördern.

• Wir wollen den Wirtschaftsstandort Region Hannover weiterentwickeln, um Arbeitsplätze zu sichern und neue Beschäftigung zu schaffen.

 Wir wollen weiter attraktiven Arbeits- und Lebensraum für die Menschen anbieten und dafür unsere Natur und Landschaft schützen sowie Naherholungsangebote ausbauen.

IV. Unser Programm: Zuhause in der Region Hannover

1. Für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und ein gutes Leben von Jung bis Alt in unserer Region

In den nächsten Jahren werden wir uns alle besonders um die Sicherung des sozialen Zusammenhalts kümmern müssen. Für ihn muss gearbeitet und politisch gekämpft werden - immer wieder von Neuem. Aktuell erleben wir in der Flüchtlingsfrage, wie andere versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Es werden ganz bewusst Ängste geschürt und stille Helden, die sich tagtäglich für unsere Gesellschaft engagieren als "nützliche Idioten" und "Volksverräter" beschimpft. Diesen Spaltungsversuchen stellen wir uns entschieden entgegen.

Wir wollen mit unserer Politik die Gesellschaft zusammenhalten, Ängste und Vorurteile abbauen und allen Menschen in der Region Hannover ein gutes Leben ermöglichen – unabhängig von ihrer Herkunft. Wir wollen, dass alle Menschen selbstbestimmt leben und sich in allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt beteiligen können. Das betrifft uns alle. Alle Generationen in jeder Stadt und in jeder Gemeinde der Region. Wir zusammen müssen die Möglichkeiten nutzen, uns entsprechend unserer Stärken, Interessen und Fähigkeiten frei entwickeln und auch würdevoll und selbstbestimmt altern zu können.

Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für ein gutes Leben

Die wichtigste Voraussetzung dafür ist soziale Sicherheit durch eine vorsorgende und versorgende Sozialpolitik. Das merken wir besonders, wenn Menschen in schwierige Lebenssituationen geraten, in denen sie sich nicht mehr selbst helfen können. Gerade deshalb ist auf der kommunalen Ebene wichtig, die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge als Rückhalt für die Einzelnen in allen Lebenslagen zu gewährleisten. Die öffentliche Daseinsvorsorge ermöglicht gleiche soziale Bedingungen in den Bereichen der Gesundheit, Pflege, Betreuung, Bildung und Mobilität für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Region. Öffentliche Systeme der sozialen Sicherung sind die solidarische Klammer, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Deshalb erteilen wir allen weiteren Privatisierungsbestrebungen in der Region Hannover eine Absage.

Wir verstehen unsere Sozialpolitik aber nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderer Not, sondern als Mittel zur Gestaltung und Verbesserung der Gesellschaft. Sozialdemokratische Sozialpolitik will eine gleiche Verteilung von Lebenschancen. Jeder Mensch ist anders. In diesem Anderssein liegt das Potential einer gesellschaftlichen Entwicklung. Dazu braucht es die Bereitschaft aller, Barrieren abzubauen, sowohl im alltäglichen Leben, als auch in den Köpfen. Wir setzen uns deshalb für die individuelle Entfaltung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung ein. Dies beinhaltet auch den Ausgleich von Benachteiligungen, denen Menschen mit Behinderungen tagtäglich ausgesetzt sind.

1.1 Lebendige Städte und Dörfer durch starke Zentren und Zusammenarbeit in der Region

Leben in der Region Hannover bedeutet Vielfalt. Sie bietet sowohl städtisches, als auch ländliches Wohnen in dörflicher Umgebung. Eine für alle gute und gleichwertige Lebensqualität in der Region Hannover geht deshalb Hand in Hand mit attraktiven Städten und Gemeinden, Hand in Hand mit lebendigen Stadt- oder Ortsteilen und Dörfern.

Stärkung der Zentren

Das Dorfzentrum, die Innenstadt oder das Stadtteilzentrum haben wichtige Funktionen für die Menschen, die dort leben. Durch das Nebeneinander von Wohnen, Handel, Dienstleistungen, Arbeiten und einem hervorragenden Angebot an sozialer, kultureller und verkehrlicher Infrastruktur sollen sie kurze Wege im alltäglichen Leben ermöglichen. Das kommt besonders älteren Menschen zugute. Diese sind häufig darauf angewiesen, dass die wichtigsten Versorgungsangebote vor Ort sind. Starke Ortskerne ermöglichen so gerade für ältere Menschen ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden.

Eine gute Lebensqualität in der Region Hannover hängt deshalb ganz entscheidend davon ab, dass wir die Zentren erhalten und stärken. Starke Zentren bedeuten eine gute Versorgung vor Ort, gute Erreichbarkeit der Angebote durch kurze Wege und einen gesunden lokalen Einzelhandel und ein verlässliches, dichtes ÖPNV-Netz. Der kleine genossenschaftlich geführte "Tante-Emma-Laden" ist für die Städte und Gemeinden unserer Region im Zweifel wichtiger als das große Outlet-Center am Stadtrand.

Förderung von Projekten zur kommunalen Identifikation

Grundlage für starke Kommunen ist die Identifikation der Menschen mit ihrem Dorf, ihrem Stadtteil oder ihrer Stadt. Wir wollen deshalb Projekte zur Stärkung bedrohter Zentren fördern. So können dauerhaftes Bürgerengagement für ein erfolgreiches Zentrum unterstützt und initiiert so-

wie gleichzeitig Versorgungslücken geschlossen werden. Wir wollen besonders Projekte wie alternative Versorgungsmöglichkeiten durch mobile Verkaufskonzepte, Wochenmärkte oder selbstorganisierte genossenschaftliche Lösungen fördern. Damit schaffen wir eine Grundlage für den Erhalt der Vielfalt in der Region Hannover.

Verbindungen schaffen – Erreichbarkeit verbessern

Tatsächlich bewirken Zentralisierung und Ladensterben einen Rückgang privater und öffentlicher Angebote, Dienstleistungen oder Einrichtungen. Um die Einwohner kleinerer Ortsteile von Kommunen nicht von zentraler Infrastruktur oder Versorgungseinrichtungen abzuhängen, sind wir dafür, bedarfsgerechte Beförderungskonzepte einzurichten.

Mit unserer Regionalplanung sichern wir gleichwertige Lebensverhältnisse

Gleiche Lebensverhältnisse bedürfen der Planung. Wer die Entwicklung der Region nicht dem Zufall, den Einzelinteressen oder alleine den Marktkräften überlassen möchte, muss die Entwicklung von Wohnen, Nahversorgung und Verkehr aber auch Verbrauch von Flächen steuern. Die Region ist verantwortliche Trägerin der Raumordnung. Damit kommt ihr ein öffentlicher Gestaltungsauftrag zu.

Wir nutzen diesen Auftrag, um das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse zu verwirklichen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Regionalplanung ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir sehen die Entwicklung der Region als Ganzes. Dabei setzen wir auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das regionale Raumordnungsprogramm 2015 haben wir unter einer aktiven Bürgerbeteiligung aufgestellt. Daneben stehen wir im laufenden Austausch mit den Regionskommunen, Fachbehörden und anderen Trägern öffentlicher Aufgaben.

Wir wollen eine geordnete Siedlungsentwicklung, die ein Wachsen der Regionskommunen mit mehr Wohnraum und lebendigen Zentren zulässt und gleichzeitig den ökologischen Belangen der Landschaftsräume gerecht wird.

Solidarischer Ausgleich zwischen den Kommunen

Die finanziellen Belastungen der Kommunen sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Es war immer Teil unserer Politik, die Kommunen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu entlasten. Angesichts des Ungleichgewichts zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen kommt der Region Hannover für ihre Städte und Gemeinden deshalb eine solidarische

Ausgleichsfunktion zu. Viele starke Schultern können mehr tragen als wenige schwache.

Wir wollen auch weiterhin die Kommunen in der Region entlasten. Wir wollen bei jeder Senkung aber auch bei jeder Anhebung der Regionsumlage die finanzschwachen Kommunen gezielt unterstützen. Finanzschwächere Kommunen sollen deshalb bei Umlagesenkungen künftig automatisch stärker entlastet werden als finanzstarke oder bei Anhebungen der Umlage weniger stark belastet werden. Darüber hinaus werden wir in Projekten insbesondere im Bereich der Betreuung und Bildung die finanzschwächeren Kommunen stärker fördern. Sie sollen künftig bei Förderprojekten vorrangig bedacht werden.

Förderung kommunaler Zusammenarbeit

Neben dem Ausgleich wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen Regionskommunen fördern. Die Kooperation zwischen Kommunen stellt gerade bei engen finanziellen Spielräumen eine wichtige Ergänzung zur kommunalen Aufgabenbewältigung dar. Nur so können wir weiterhin wachsende Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Um diese Zusammenarbeit zu fördern, wollen wir ein Projekt "Interkommunale Zusammenarbeit" ins Leben rufen. Das bedeutet, wir wollen eine Anlaufstelle zu allen Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit einrichten und Einzelprojekte zur Erschließung neuer Tätigkeitsfelder für interkommunale Zusammenarbeit durch finanzielle Förderung und Beratung unterstützen. Den Regionsgedanken wollen wir weiterentwickeln und vertiefen, indem wir die Zusammenarbeit intensivieren und die Regionsverwaltung effizienter gestalten. Das kann Einsparpotentiale erschließen, die Durchführung der bürgernahen Verwaltungsleistungen fördern und dadurch die Identifikation mit der eigenen Stadt oder Gemeinde stärken.

1.2 Gute Gesundheit und Pflege - Moderne Krankenhäuser in der Region

Die Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge für die Menschen. Dies gilt besonders für die medizinische Versorgung in Krankenhäusern. Die Region Hannover erbringt diese Leistungen durch die Klinikum Region Hannover in kommunaler Trägerschaft. Daran wollen wir festhalten, denn Krankenhäuser sind für uns weder marktwirtschaftliche Dienstleistungen noch Wettbewerbsware. Die Krankenhäuser der Region sollen für die Patienten bestmögliche Leistungen bieten, gute Arbeitgeber für das Personal und verlässliche Partner der übrigen Akteure im Gesundheitswesen sein. Darauf müssen sich alle Menschen verlassen können.

Dennoch macht der Gesundheitssektor in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen durch. Die Regionspolitik muss diesen Prozess inhaltlich und finanziell unterstützen.

Wir wollen unsere Krankenhäuser zukunfts- und leistungsfähig erhalten. Dabei setzen wir auch auf die Verantwortung, die dem Land bei Investitionen zukommt und den Kostenträgern bei der Finanzierung der Gesundheitsversorgung. Wir wollen, dass die Versorgungsangebote in unseren Krankenhäusern noch besser fachlich aufeinander abgestimmt werden. Ablaufstrukturen müssen verbessert werden und die Häuser und ihre Ausstattung auf einem sehr guten Stand gehalten werden. Die notwendigen Veränderungsprozesse wollen wir für die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar gestalten.

1.3 Gemeinsam für Gleichstellung in allen Bereichen

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist noch immer nicht vollendet. Wir wollen daher in allen Politikfeldern Maßnahmen ergreifen, um die schlechtere Bezahlung und Fokussierung von Frauen auf wenige Berufe zu beenden.

Nach wie vor bedarf es Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt. Wir haben hier in der Vergangenheit die Hilfen für Frauen deutlich ausgeweitet. Dies wollen wir vollenden, und in jeder regionsangehörigen Kommune eine Stelle einrichten, an die sich Frauen wenden können.

Wir setzen Gleichberechtigung in unserer eigenen Verwaltung in allen Teilen um. Auch in unseren regionseigenen Unternehmen wollen wir Frauen weiter aktiv fördern. Insbesondere wollen wir mehr Frauen in Führungspositionen. Die Erhöhung der Frauenerwerbsarbeit ist daneben einer unserer Schwerpunkte unserer Beschäftigungspolitik. Auch aus diesem Grund fördern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer. Frauenpolitik ist zwar nicht gleich Familienpolitik – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidet aber oft darüber, ob Frauen ihre Erwerbsarbeit fortführen oder nach einer Pause wieder aufnehmen können.

Wir werden auch weiterhin dafür eintreten, dass alle Menschen in der Region Hannover unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Behinderung, Religion oder sexueller Identität, diskriminierungsfrei leben können. Unserer Gleichstellungspolitik zielt dabei insbesondere auch auf die Emanzipation und Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LGBT). Der Abbau von Diskriminierung, Homo und Transphobie ist und bleibt für uns Querschnittsaufgabe in allen politischen Bereichen.

1. 4 Inklusion ist eine soziale Aufgabe

632 633 634

635

636

637

638

639

640

Wir wollen den Weg zu einer inklusiven Gesellschaft weitergehen. Noch immer gibt es auch in der Region Hannover Hindernisse, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Sprache, ihrer Kultur und Religion, ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen daran hindern, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Sie erfahren Formen von Ausgrenzung und Ausschluss. Diese Hindernisse müssen wir abbauen. Unser Ziel ist es, dass alle Menschen in der Region Hannover gemeinsam verschieden sein können.

641 642 643

644

645

646

Der Weg zu einer inklusiven Region Hannover wird nicht einfach sein. Eine Region aber, in der nicht alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, ist eine Region ohne Zukunft. Deshalb muss jede Entwicklung in der Region Hannover das Ziel einer Inklusion in allen Lebensbereichen unterstützen.

647 648 649

Inklusion in der Arbeitswelt

650 651

652

653

654

Inklusion wird heute besonders im Schulbereich vorangetrieben. Das ist richtig so. Sie darf aber in der Schule nicht enden. Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet neben den wichtigen Aspekten der Beteiligung und Mitbestimmung auch die wirtschaftliche Teilhabe. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist oft nicht barriere- und diskriminierungsfrei.

655 656 657

658 659

660

661

662

663

664

665

666

667

668

669

670

671

Ziel muss es sein, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben, mit einer aktiven Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt, führen kön-

In der Region Hannover gibt es bereits besonders im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit gute Projekte zur Inklusion. Es müssen weitere Projekte initiiert werden, die Menschen fördern, die bisher auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt waren. Die Region Hannover selbst als Arbeitgeber muss dort mit gutem Beispiel vorangehen. Gute Ansätze, wie beispielsweise anonyme Bewerbungsverfahren, müssen erprobt werden. Wir brauchen einen Arbeitsmarkt, der Menschen den (Wieder-)Einstieg in die berufliche Tätigkeit erleichtert. Ergänzend müssen wir Maßnahmen und Initiativen, die bereits laufen, auf ihren inklusiven Charakter überprüfen.

Die Förderung nach mehr Inklusion auch am Arbeitsmarkt und die Leistungen von Jahrzehntelang tätigen Einrichtungen zur Beschäftigten von Menschen mit Beeinträchtigungen stehen nicht notwendigerweise im Gegensatz zueinander. Im Interesse der Betroffenen wollen wir den Dialog zwischen den Beteiligten fördern.

672 673

- Inklusion in der Kultur und bei Freizeitangeboten
- Das Kultur- und Freizeitangebot in der Region Hannover ist breit und viel-
- fältig. Aber nicht allen Menschen ist die freie Gestaltung ihrer Freizeit und
- die Wahrnehmung von Kulturangeboten möglich. Es muss deshalb Aufga-
- be der Kulturförderung sein, allen Menschen einen Zugang zu Kulturange-
- boten zu ermöglichen. Daneben sollen Vereine in der Region Hannover in
- ihren inklusiven Projekten bestärkt und gefördert werden. Bei Vereinen die
- nicht inklusiv arbeiten wollen, muss geprüft werden, ob eine öffentliche
- Förderung vorliegt und ob diese weiterhin fortgesetzt werden soll.

1.5 Vielfältige und weltoffene Region

Die Menschen in der Region Hannover waren und sind weltoffen. Schon vor den aktuellen Flüchtlingsbewegungen lebten in der Region Hannover über 200.000 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – zum Teil schon über viele Jahre. Eine vielfältige und bunte Gesellschaft ist längst Realität: Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen, gläubige und Menschen ohne religiösen Glauben leben hier friedlich zusammen. Ihre Integration ist unsere gemeinsame Aufgabe. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von allen hier lebenden Menschen. Denn Integration bedeutet das bewusste Leben miteinander statt nebeneinander.

Unser Ziel ist die Teilhabe aller

Mit unserer Integrationspolitik wollen wir uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am Leben in unserer Region erreichen. Wir wollen die Beteiligung aller verbessern und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung weiter stärken. Hierzu hat die Region Hannover mit unserer politischen Unterstützung ein Integrationskonzept auf den Weg gebracht.

In der aktuellen Situation ist aber die wichtigste Aufgabe, die vor Krieg, Terror und dem Tod fliehenden Menschen, die zu uns in die Region Hannover kommen, menschenwürdig zu versorgen und unterzubringen. Die größte Herausforderung ist dabei der Bedarf an Wohnraum. Wir werden alles dafür tun, dass dieser dort entsteht, wo er benötigt wird. Dabei sehen wir auch den Bund und das Land in der Verantwortung. Sie müssen ihre Wohnraumförderung weiter aufstocken, in dem sie die Städte und Gemeinden bei ihren erheblichen Investitionen für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie für den sozialen Wohnungsbau finanziell unterstützen.

Integrationsplan für die Region Hannover

Die große Aufgabe der Integration liegt aber erst vor uns, und sie wird in Kommunen geleistet werden müssen. Wir werden in den nächsten Jahren in den Städten und Gemeinden der Region die Breite an Integrationsangeboten erheblich erweitern müssen. Damit die Grundlage für eine erfolgreiche Integration gelegt werden kann, werden wir Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen. Sprachkompetenz ist der Grundstein erfolgreicher Integration. Wir brauchen ein zielgruppengerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen für Erwachsene und eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Kindertagesbetreuung wie auch in den Schulen. Flüchtende und Zuwanderer müssen möglichst schnell in Arbeit kommen. Sie müssen die Chance erhalten, Ausbildungsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen, nachzuholen und sich beruflich weiterbilden zu können.

Bei dieser Aufgabe kommt der Region Hannover eine wichtige koordinierende und unterstützende Rolle zu. Wir brauchen in der Region einen Integrationsplan, der alle anstehenden Aufgaben benennt, sie aufeinander abstimmt und den regionsangehörigen Kommunen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bei der Bewältigung der uns vorliegenden Aufgaben unterstützt. Bei unserem bereits in Gang gesetzten Integrationskonzept wollen wir ansetzen und es um einen umfassenden Integrationsplan ergänzen. Dieser soll konkrete Bedürfnisse in den Kommunen ermitteln, Integrationsmaßnahmen benennen und Unterstützungsleistungen der Region Hannover für die Kommunen festlegen. So setzen wir den Spaltungsversuchen von rechten Populisten konkrete Maßnahmen entgegen.

1.6 Zusammenhalt durch Kultur und Sport in der Region

Unser Kulturleben und der Sport in der Region sind beide auf ihre Weise wichtig für die Kultur unseres Zusammenlebens. Sie schaffen Zusammenhalt und Verständigung. Sie schaffen Identifikation und helfen bei der Integration.

Regionale Kunst und Kultur fördern

Ohne eine lebendige Kulturszene leidet ein Gemeinwesen. Wir setzen uns deshalb für die Förderung der Vielfalt der kulturellen Angebote in der Region Hannover ein. Kunst und Kultur haben viele Möglichkeiten gesellschaftliche Entwicklungen deutlich zu machen, Teilhabe zu ermöglichen und Menschen zu unterstützen, sich und andere besser zu verstehen. Dieser individuellen wie gesellschaftlichen Bedeutung von Kultur gerecht zu werden, muss Ziel vor allem auch kommunaler Kulturpolitik sein, d.h.

möglichst viele Menschen in das kulturelle Leben einzubeziehen und das 759

soziale und kulturelle Potential aller Menschen zu entwickeln und anzuer-760

kennen. Kulturpolitik kann so in die Gesellschaft hineinwirken und hat 761

auch Einfluss auf Einstellungen, Befinden und Lebenswirklichkeit einzelner 762

Menschen. 763

Kulturpolitik orientiert sich dabei auch an den bildungskulturellen Bedürf-764 nissen der Bürger und Bürgerinnen, die die Politik natürlich auch durch ih-765 re Förderpolitik zusammen mit Künstlern und Kulturinstitutionen entwi-766

ckelt, z.B. durch Projekte, die die Medienkompetenz von Kindern und Ju-

gendlichen stärken. 768

Dieses Handlungsfeld Kultur umfasst die Förderung der einzelnen Künste, 769 Bewahrung des kulturellen Erbes (auch der Medien) und die kulturelle Bil-770 dung, einschließlich der Erinnerungskultur, für die die Region in Ahlem in 771 der alten jüdischen Gartenbauschule einen besonderen Ort geschaffen 772 hat. 773

774 775

776

777

778

779

780

781

782

783

784

785

790

791

792

793

794 795

767

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Regionskommunen bei dieser Aufgabe unterstützt werden. Die schon vorhandenen Aktivitäten wollen wir weiter ausbauen Mit dem Programm "Kultursommer", dem Projekt "Atelierspaziergang", den Ausstellungen im Regionshaus und den kulturellen Veranstaltungen im Schloss Landestrost der Region Hannover wollen wir Kunst und Kultur für alle erlebbar und greifbar machen und die Werke der regionalen Kulturschaffenden einem breiten Publikum zugänglich machen - auch durch eine sinnvolle Förderung künstlerischer Aktivitäten. Wir wollen aber auch Initiativen unterstützen, die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, Möglichkeiten bieten unsere regionale Tradition und Kultur kennenzulernen, wie auch selbst ihr mitgebrachtes kulturelles Erbe zu pflegen und zu zeigen.

786 Dazu bieten sich Einrichtungen der Erwachsenenbildung und ehrenamtli-787 788 789

che Vereinstätigkeit im Bereich der Soziokultur an, die zu fördern ein Merkmal sozialdemokratischer Kulturpolitik war und ist. Sie tragen wesentlich zur Kulturvermittlung bei. Die notwendige öffentliche Förderung sollte verbunden werden mit Konzeptentwicklungen, die die neuen Aufgaben im Prozess lebenslangen Lernens, der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, dem Umgang mit Diversität, dem Verstehen euro-

päischer und globaler Kontexte für lokale Entwicklungen, u.a.m.

Den Sport weiter unterstützen

796 797 798

799

800

801

802

Sport zu treiben gehört für viele Menschen in der Region zum Alltag. Er ist gesund, macht Spaß und bringt uns Lebensfreude. Ob Jung oder Alt, mit oder ohne Behinderung, unabhängig von sozialer Herkunft, Nationalität, religiöser, politischer oder sexueller Orientierung: Sport verfügt über die Kraft, Menschen zusammenzubringen und Barrieren zu überwinden. Der

Sport fördert bürgerschaftliches Engagement über Grenzen hinweg, den Dialog zwischen den Kulturen und vermittelt wichtige demokratische Werte, wie Fairness und Solidarität. Für uns ist die Sportförderung deshalb auch eine politische Aufgabe.

Das feste Fundament des Sports in der Region Hannover bilden die Sportvereine. Viele Menschen sind in dort sportlich und ehrenamtlich aktiv. Sie leisten vor Ort eine unschätzbar wichtige Jugend- und Sozialarbeit. Wir wollen die Förderung des regionalen Sports daher weiterhin auf eine solide Grundlage stellen, indem wir die beiden Sportbünde in der Region Hannover weiter unterstützen.

Neben dem Vereins- und Breitensport ist die Region Hannover auch ein Zentrum des Leistungs- und Spitzensports. Der Landessportbund mit Sitz in Hannover, der Olympiastützpunkt Niedersachsen mit einem Sportinternat oder das Segel- und Surfrevier Steinhuder Meer wirken als sogenannte weiche Standortfaktoren werbend über die Region hinaus. Die "Sportregion Hannover", auch gegenüber dem Bund und Land als Förderer zu vertreten, sehen wir als sportpolitische Aufgabe.

1.7 Stärkung der Demokratie und des Ehrenamts als Basis für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft

Wir müssen dafür sorgen, dass ehrenamtliches Engagement die Anerkennung und Unterstützung bekommt, die sie verdient. Das Ehrenamt ist ein Stabilitätsfaktor für unsere Demokratie. In der gesamten Region Hannover sind viele Menschen ehrenamtlich für unsere Gesellschaft aktiv. Sie übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen und stärken dadurch den sozialen Zusammenhalt. Ihr Engagement ist vielfältig, sei es in Vereinen, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Initiativen, Stiftungen, der Freiwilligen Feuerwehren und dem technischem Hilfswerk (THW) oder auch in politischen Parteien. Sie setzen sich für unser Gemeinwohl ein und arbeiten nach demokratischen Prinzipien. Hier wird Demokratie gelebt.

Engagementförderung aufbauen

Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit unterstützen, indem wir Initiativen beim Aufbau lokaler Anlaufstellen wie Freiwilligenagenturen, Bürgertreffs etc. unterstützen, Daneben wollen wir die Weiterbildungsmöglichkeiten ehrenamtlich Aktiver fördern, indem entsprechende Angebote, die gezielt fit für das Ehrenamt machen, unterstützen. Dazu soll die Region Hannover die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen in der Region Hannover suchen.

Bürgerbeteiligung ausbauen

Bürgerschaftliches Engagement ernst zu nehmen bedeutet auch, die Menschen gerade in den politischen Fragen vor Ort ernst zu nehmen. Wir wollen nicht nur, dass sie sich engagieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten der Mitsprache in unserem regionalen Gemeinwesen immer weiter ausbauen. Viele Bürgerinnen und Bürger erwarten heute zu Recht mehr, wenn es um unser Gemeinwesen geht. Sie wollen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten.

Richtlinie für Beteiligungsverfahren

Bürgerbeteiligung kann die Akzeptanz politischer Entscheidungen sichern und auch Einstellungen gegenüber Politik verbessern. Sie stärkt unsere Demokratie. Schon heute werden solche Verfahren von der Regionsverwaltung erfolgreich durchgeführt. Das wollen wir ausbauen. Wir wollen auf der Regionsebene Bürgerbeteiligungsverfahren entwickeln und sie als verbindliches Bürgerrecht in Beteiligungsrichtlinien der Region Hannover verabschieden. Es geht uns dabei um eine neue Kultur des Gehörtwerdens und des Zuhörens. Die Entscheidungsträgerinnen und -träger der Regionsversammlung werden durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger in ihrer Entscheidungskompetenzen nicht eingeschränkt. Bürgerbeteiligung in diesem Sinn ist vielmehr eine besondere Form der politischen Beratung. Die Entscheidung liegt weiterhin bei den gewählten Vertreterinnen und Vertretern.

Gemeinsam gegen Demokratiefeinde

Wir stehen für eine starke Demokratie, die sich durch Veränderung immer wieder erneuert. Wir stehen aber auch für eine starke Demokratie, die sich gegen ihre Gegner wirksam verteidigt. Gefahren für unsere Demokratie stellen vor allem Rechtspopulisten sowie alte und neue Faschisten dar. Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen in den Städten und Gemeinden der Region Hannover, die sich für die Idee der Demokratie einsetzen und sie weiterentwickeln.

Dafür werden wir uns einsetzen:

• Für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Trägerschaft.

 Für den Erhalt des Rettungsdienstes in seiner jetzigen Form in der Region Hannover sowie den Erhalt und die Stärkung der ehrenamtli-

889 890	chen Strukturen der Hilfsorganisationen.
	Für die Umsetzung des Versorgungskonzeptes "Medizinkonzept 2020" des Klinikums Region Hannover zur bestmöglichen Krankenhausversorgung in der Region Hannover.
895 896 897	Für die weitere Förderung der Pflegestützpunkte in den Regions- kommunen.
898 899 900	Für die Ausstattung des Seniorenbeirates der Region Hannover mit eigenen Kompetenzen.
901 902 903 904 905	Für den Erhalt und bedarfsgerechten Ausbau von Angeboten der demokratischen und sozialen offenen Jugendarbeit als Möglichkeit für junge Menschen zur Selbstbestimmung, Mitgestaltung und Erlernen gesellschaftlicher Verantwortung.
906 907 908	Für die weitere Arbeit an einem flächendeckenden Versorgungsangebot von Frauenberatungsstellen in der Region Hannover.
909 910 911 912	Für den Aufbau von Netzwerken für Frauen, wie z.B. "Frauen in der Wirtschaft" oder Alleinerziehende. Die entsprechenden Koordinierungsstellen der Region Hannover werden weiter gestärkt.
913 914 915 916	Für einen Inklusions-Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der der sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.
917 918 919 920 921	Für ein Arbeitsprogramm für die Ausbildung und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten und Geflüchteten in Kooperation mit der Agentur für Arbeit, dem JobCenter, den Kammern und weiteren Partnern.
922	Für eine frühzeitige und gezielte Sprachförderung.
923 924 925 926	Für eine inklusive Öffnung von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten.
927 928	Für die Förderung der kulturellen Bildung und theaterpädagogischer Maßnahmen

- Für die weitere Förderung der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem als einem Ort mit besonderer Verantwortung für das würdige Gedenken an die Opfer des Holocausts.
- Für zusätzliche Unterstützung für Sportvereine, die an Integrationsprojekten oder der Flüchtlingshilfe mitwirken.

- Für den Abbau von Diskriminierung, Homo- und Transphobie.
- Für die Förderung von Initiativen und Projekten, die sich für unsere Demokratie, gegen Rechtsextremismus und gegen rechte Gewalt oder gegen menschenfeindliche Ideologien einsetzen.

2. Für gute Arbeit und Wohlstand durch Stärkung der Wirtschaftskraft und des Mittelstands

Wir wollen gute und sichere Arbeit für alle Menschen in der Region Hannover. Sie ist die Voraussetzung für gleiche Lebenschancen und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben. Voraussetzung dafür ist eine starke regionale Wirtschaft. Das bedeutet, dass wir weiterhin große aber vor allem auch viele kleine und mittelständische Unternehmen in der Region Hannover brauchen. Deshalb verbinden wir unsere Beschäftigungspolitik mit einer aktiven Wirtschaftsförderung in der Region Hannover. Wir arbeiten für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaftsstruktur in der Region Hannover, die gute und sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze garantiert und neu hervorbringt.

Unsere Politik reicht von der regionalen Förderung über 30.000 neuer Arbeitsplätze durch die Wirtschaftsfördergesellschaft hannoverimpuls seit ihrem Bestehen über Projekte zur Fachkräftesicherung sowie bis hin zu einem 10 Mio. Euro starken Programm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Diese Projekte und Programme stehen für konkrete Maßnahmen mit dem Ziel einer wirtschaftlich erfolgreichen Region Hannover, die gute Arbeit und Wohlstand schaffen kann.

Wir haben schon viel erreicht. Nun wollen wir das vorhandene Potential für ein nachhaltiges Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung nutzen. Die größte Herausforderung ist dabei die demografische Entwicklung einer alternden Gesellschaft. Genauso wie auch die fortschreitende Technisierung und Digitalisierung weiter an Bedeutung gewinnen wird.

2.1 Fachkräfte sichern, Aufstieg ermöglichen

Durch den demografischen Wandel wird der Wettbewerb um qualifiziertes Personal weiter zunehmen. Im Zentrum unserer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik steht deshalb die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in der Region Hannover. Qualifizierte Fachkräfte sind die Voraussetzung für die Wettbewerbs- und Wachstumsfähigkeit unserer Unternehmen. Mit den richtigen Weichenstellungen können, aus einer gezielten Förderung von Fachkräften, Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte entstehen. Mit der regionalen Fachkräfteallianz haben wir hierauf bereits reagiert und mit der regionalen Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter und den Hochschulen Kooperationsfelder für die Zukunft identifiziert. Nun müssen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umgesetzt werden.

Aus- und Weiterbildung fördern, Handwerk stützen

Wir werden zur Sicherung des Fachkräftebedarfs Aus- und Weiterbildungsprojekte in der Region Hannover fördern. Insbesondere wollen wir bis 2020 Projekte im Bereich des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung, die Hochschule und den Beruf unterstützen, um bessere Qualifizierungsmöglichkeiten zu eröffnen. Damit werden wir im besonderen Maße das in der Region Hannover für Ausbildungs- und Arbeitsplätze wichtige Handwerk stützen. Es ist besonders betroffen von den rückläufigen Zahlen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern bei der Besetzung von Ausbildungsstellen.

Das Projekt der Jugendberufsagenturen werden wir fortführen und weiter

ausbauen, um den Übergang in den Beruf mit Beratungsangeboten für Ju-

gendliche "unter einem Dach" zu erleichtern. KMUni – Wissenschaft für die Fachkräfteentwicklung stärken

Wir wollen den Wissenschaftsstandort Hannover weiter stärken. Unsere Holschulen bringen schon heute für viele Branchen in der Region hervorragend qualifizierte Fachkräfte hervor. Wir werden deshalb die Standort- und branchenbezogene Fachkräfteentwicklung in diesem Bereich unterstützen. Hierzu wollen wir die Entwicklung des regionsweiten Programms "KMUni" auf den Weg bringen. Dieses Programm soll kleine und mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, Fachkräftepotenziale an unseren Hochschulen zu finden und zu binden. Wir wollen damit feste Brücken zwischen zwei Welten bauen, die bisher oftmals ohne tragende Verbindung sind. Hürden bestehen beispielsweise heute schon darin, dass viele Unternehmen seit Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge den Überblick über die Hochschuldisziplinen entweder ganz oder in Teilen

verloren haben. Die Beantwortung der Frage, welche Inhalte in welchen Fächern vermittelt werden, soll genauso Teil des Programms werden, wie die Kontaktvertiefung mit Absolventen.

2.2 Zukunftsbranchen stärken

Wir nutzen die Chancen unseres Standortes um gute Arbeit zu erhalten und auszubauen. Deshalb haben Zukunftsbranchen wie die Gesundheitswirtschaft, die Logistikwirtschaft aber auch die Produktionswirtschaft in unserer Region schon jetzt eine wichtige Bedeutung.

Gesundheitswirtschaft ausbauen

Die Gesundheitswirtschaft wird einer der Beschäftigungsmotoren der nächsten Jahrzehnte sein. Sie ist und bleibt personalintensiv. Denn der Dienst an kranken oder pflegebedürftigen Menschen wird niemals durch Maschinen oder Computer ersetzt werden können. Menschliche Nähe ist ein wichtiger Bestandteil von Pflege. Die demografische Entwicklung wirkt sich deshalb erheblich auf das Wachstum dieser Branche aus. Eine alternde Gesellschaft ist auf hochwertige Gesundheitsleistungen angewiesen. Für die Region Hannover ist dies eine wichtige Chance, die wir nicht verpassen dürfen.

Deshalb werden wir in den nächsten Jahren Maßnahmen zur Förderung des Nachwuchses in Gesundheits- und Pflegeberufen entwickeln und die Vernetzung von Wirtschaft, Forschung, Entwicklung unterstützen. So kann sich die Region als Standort der Gesundheitswirtschaft profilieren. Hierzu werden wir eine "Strategie Gesundheitswirtschaft Region Hannover 2030" mit unseren Partnern entwickeln und eine zuständige Koordinierungsstelle für Gesundheitswirtschaft einrichten.

Logistikwirtschaft weiter entwickeln

Auch das Potenzial der Logistikwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung ist in der Region Hannover hoch. Eine besondere Standortqualität ist die gute Verkehrsanbindung. Die Region Hannover liegt an wichtigen Verkehrsachsen von Straße, Schiene und Wasserstraßen und ist auch über den Luftverkehr sehr gut zu erreichen. Hannover ist dadurch eine der wichtigsten deutschen Logistikregionen und europäische Drehscheibe.

Wir wollen diese Chance nutzen und die Logistikwirtschaft mit unseren Partnern weiterentwickeln. Unsere Schwerpunkte legen wir dabei auf den Logistikschwerpunkt West (Wunstorf/Barsinghausen entlang der Bundesautobahn) und dem Leuchtturmprojekt Megahub (kombinierte VerkehrMegahub-Anlage in Lehrte). Dabei verfolgen wir das Ziel, die Region als Logistikstandort über den Standort Wunstorf/Barsinghausen über Straße, Schiene mit dem leistungsfähigen Rangierbahnhof Seelze und Wassernetz erfolgreich als Seehafenhinterlandhub und europäisches Logistikdrehkreuz zu positionieren und mit der Megahub-Anlage das Güterverkehrszentrum Lehrte zu stärken.

1063 1064 1065

1058

1059

1060

1061

1062

Produktionsstandort Region Hannover stärken

1066 1067

1068

1069

1070

1071

1072

1073

1074

1075

1076

1077

1078

1079

1080

1081

Das produzierende Gewerbe ist nach wie vor Basis für eine stabile Beschäftigungsentwicklung – auch in der Region Hannover. Hier liegt die Chance für eine stabile Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung für die Menschen die hier wohnen und arbeiten. Deutschland ist weltweit für seine hochqualitativen Produkte berühmt und die Region Hannover hat ihren Anteil daran. Dieser Erfolg ist auch Ergebnis einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Die SPD hat immer auch auf das reale Wirtschaften gesetzt. Davon profitiert heute auch der Produktionsstandort Region Hannover. Auch in Zukunft müssen wir hochwertige Waren produzieren, um Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass virtuelle Kapitalmärkte und undurchschaubare Finanzprodukte nicht die Grundlage für nachhaltiges Wachstum sind. Nachhaltiges Wachstum braucht auch greifbare Ideen, Produkte und Waren. Um den Produktionsstandort Region Hannover zukunftsfest zu gestalten, werden wir deshalb den Grundstein für die Erneuerung unsere ansässigen Industrie und Produktion legen.

1082 1083 1084

1085

1086

1087

1088

1089

1090

Deshalb müssen wir uns besonders auf unsere Kompetenzen besinnen, wie zum Beispiel die Energie- und Rohstoffeffizienz. Hier sollten wir unser Wissen sowie unsere Arbeitskraft einbringen und bündeln. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen wird ein entscheidender Wettbewerbsfaktor im produzierenden Gewerbe der nächsten Jahre sein. Das bedeutet für uns: Lebensqualität und Umweltschutz vereinen. Wir verbinden unsere Ziele einer zukunftsfähigen Industrie mit dem Ziel des nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutzes.

1091

2.3 Wirtschaft 4.0 – Digitalisierung gestalten

1093 1094

1095

1096

1097

1098

1099

1092

Die Digitalisierung schreitet in allen Lebensbereichen weiter voran und mit ihr übernehmen Maschinen immer mehr Tätigkeiten – auch und vor allem in den Betrieben. Der schillernde Begriff hierfür lautet "Industrie 4.0". Wir befinden uns erst am Anfang eines Veränderungsprozesses, an dem bisher mehr Fragen stehen als Antworten gegeben werden können. Aber schon heute wissen wir, es wird darauf ankommen, dass sowohl Unternehmen

als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese Entwicklung gewappnet sein müssen, wenn sie dauerhaft erfolgreich sein wollen.

Netzwerke guter Praxis

Wir werden unsere Politik deshalb auf die Wirtschaft 4.0 ausrichten: Die Anforderungen an die Arbeit werden sich stark verändern. Sowohl seitens der Unternehmen als auch seitens der Beschäftigten. Produktionstechniken werden immer mehr mit Informations- und Kommunikationstechnik verbunden sein. Die neue Verflechtung der Berufe mit moderner Technik macht in den Unternehmen eine Arbeitsorganisation erforderlich, die lebensbegleitendes Lernen und eine arbeitsplatznahe Weiterbildung ermöglicht. So können Beschäftigte neue oder veränderte Aufgaben erlernen. Um diesen Prozess in den Betrieben zu unterstützen wollen wir in Zusammenarbeit mit der hannoverimpuls "Netzwerke guter Praxis" in der Region ausschreiben und initiieren, um gemeinsam von den besten Umsetzungsund Weiterbildungsmaßnahmen zu lernen und zu profitieren.

Dialogplattform Wirtschaftsregion 4.0

Darüber hinaus werden wir die regionale Plattform "Dialog Wirtschaftsregion 4.0" ins Leben rufen. Sie soll einen regelmäßigen Dialog zwischen den Sozialpartnern, Kammern und Unternehmen in der Region Hannover zum Thema "Mensch und Arbeit in der Wirtschaft 4.0" ermöglichen. Hier sollen wichtige Fortschritte, Problemfelder und Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich der neuen Anforderungen der Industrie 4.0 beraten werden.

Der Trend zur Digitalisierung ist unaufhaltbar. Wir wollen diesen Prozess politisch begleiten und fördern Ideen, wie der technische Fortschritt auch zu sozialem Fortschritt führen kann. Je früher wir uns der politischen Gestaltung dieser Veränderung annehmen, umso früher werden die Menschen in der Region Hannover davon profitieren.

Darüber hinaus werden wir uns hierfür einsetzen:

• Für die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen in der Region und für den Erhalt von Arbeitsplätzen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn beides trägt zur Fachkräftesicherung bei.

• Für die Weiterführung der erfolgreichen Arbeit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft hannoverimpuls.

• Für 300.000 Euro jährlich bis 2019 zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und für die Verbesserung der sozialen Teilhabe.

11441145

• Für die Entwicklung der Kreativwirtschaft als Zukunftsbranche in der Region Hannover.

1146 1147 1148

• Für eine flächendeckende Breitbandversorgung und für gute Netze in der gesamten Region Hannover.

11491150

1151

1152

1153

1154

• Für das erneute Nutzen von Gewerbebrachen. Wir setzen uns hierzu für die Bildung eines Fonds in Höhe von zunächst 10 Mio. Euro zum Ankauf, zur Aufbereitung und anschließendem Verkauf von mit Altlasten belasteten Grundstücken in der Region Hannover ein.

3. Für exzellente Bildung und Betreuung unserer Kinder

115511561157

1158

1159

1160

1161

Unser Ziel ist es, allen Kindern durch eine gute Bildung von Anfang an eine gute Zukunft und Chancengleichheit zu garantieren. Kein Kind darf zurückgelassen werden. Vor allem die Familie, gute Bildung und gute Betreuung entscheiden über gleiche Lebenschancen. Sie sind der Schlüssel zu einem guten Leben. Wir wollen deshalb eine kinder- und familienfreundliche Region Hannover mit guten Kindertagesstätten und Schulen.

116211631164

1165

1166

1167

1168

1169

1170

1171

1172

Die Herausforderungen in diesem Bereich sind groß. Der Bedarf an Betreuungseinrichtungen in der Region Hannover ist ungebrochen. Wir sind froh, dass Menschen ihre Kinder in der Region Hannover heranwachsen sehen wollen. Deshalb möchten wir ihnen beste Rahmenbedingungen schaffen. Junge Familien wünschen sich mehr und kostengünstige Bereuungsangebote, gerade auch für die Kleinsten. Der Weg zur inklusiven Gesellschaft wird im besonderen Maße unsere Schulen und Betreuungseinrichtung verändern. Mit der Umsetzung des von der Regionsversammlung beschlossenen "Zielkonzept 2020" stehen wir für einen Umbau unserer Berufsschulen, für die die Region verantwortlich ist.

117311741175

1176

1177

1178

Wir wollen deshalb sowohl die notwendigen Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege verbessern, den Weg in ein inklusives Schulsystem einschlagen und die berufliche Bildung zukunftsfest machen. Jede Investition sehen wir dabei als unschätzbare Investition in unsere Zukunft - in unsere Kinder.

1179 1180 1181

Ausbau frühkindlicher Betreuung fördern

Die beste Garantie für den späteren Bildungserfolg ist ein möglichst früher Besuch in Kindertagesstätten (Kita). Betreuung und frühkindliche Bildung sind maßgebend für den späteren Bildungserfolg in Schule und Beruf. Ganz besonders trifft das auf das Gelingen der frühen Sprachförderung zu.

In der Region Hannover wird bereits viel für eine frühzeitige Förderung getan. Nur durch eine frühe Förderung ist später für alle Kinder die Chance auf eine bestmögliche Bildung gegeben. Neben der Förderung im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe hat die Region Hannover im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Projekt "Frühe Hilfen – Frühe Chancen!" initiiert, durch das allen Eltern und Kindern die Chancen früher Förderung ermöglicht werden soll. Insbesondere durch eine gezielte Sprachförderung ist später eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich.

Langfristig streben wir die Beitragsfreiheit aller Bildungsangebote an. Da die finanziellen Spielräume jedoch beschränkt sind, hat bei der frühkindlichen Betreuung der Ausbau und die Verbesserung bestehender Angebote für uns Vorrang. Die Region Hannover wächst. Immer mehr junge Familien siedeln sich in der Region an und benötigen Kita-Plätze und eine optimale Kita-Betreuung. Wir wollen deshalb die Städte und Gemeinden dabei unterstützen neue Betreuungseinrichtungen bedarfsgerecht zu schaffen und neue Plätze in Kindertagesstätten durch Neubauten, Erweiterungsbauten oder durch Umbau von bestehenden Gebäuden zu Kindertagesstätten zu fördern, weil wir davon ausgehen, dass der Bedarf steigen wird. Wir werden die Qualität in den Kindertageseinrichtungen weiter verbessern und dabei vor allem die Sprachförderung weiter ausbauen. Zudem werden wir die Fachberatung für die Mitarbeiterinnen in den Kindertageseinrichtungen verstärken, damit die Kolleginnen die vielfältigen Herausforderungen besser bewältigen können. Bei den Neu- und Umbauten werden wir auch die neuen Anforderungen der Kitas wie Inklusion oder Ganztagsbetrieb unter Berücksichtigung des Kindeswohls stärker berücksichtigen und fördern.

Kindertagesstätten zu Familienzentren entwickeln

Wir wollen aber nicht nur den Ausbau von Kitas fördern, sondern auch eine völlig neue Struktur dieser Einrichtungen fördern. Die Kitas sollen ab 2020 mit Förderung der Region Schritt für Schritt zu Familienzentren ausgebaut werden. Familienzentren sind Einrichtungen in denen die Eltern Unterstützung aus einer Hand bekommen: In zunächst 10 von der Region Hannover geförderten Familienzentren, sollen bis 2025 beispielsweise Kinderärzte, Jugend- und Sozialämter sowie nicht-staatliche Einrichtungen wie Kunst- und Musikschulen zusammenarbeiten. Die enge Kooperation der verschiedenen Fachleute schafft nicht nur Synergieeffekte. Sie bündelt vor allem die bislang kaum überschaubare Vielzahl von Beratungs- und Betreuungsangeboten und macht sie damit für die Eltern übersichtlicher und besser nutzbar. Zusammen mit den Städten und Gemeinden wollen wir diesen Umbau voranbringen und uns an den Kosten, die ihnen für den Umbau entstehen, zeitlich befristet beteiligen.

Regionale Förderzentren – der Weg zum inklusiven Schulsystem

Auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem werden wir die Förder-1233 schulen in der Region Hannover bis 2021 in regionale Förderzentren um-1234 wandeln. Hier wird die Inklusion in den Schulen durch den Einsatz von 1235 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in unterrichtsbegleitender 1236 oder in therapeutischer Funktion vorwärtsgebracht werden. Die Verant-1237 wortung für die Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler mit 1238 sonderpädagogischem Förderbedarf muss aber bei den allgemeinbilden-1239 den Schulen liegen. Langfristig wollen wir Sonderpädagoginnen und Son-1240 derpädagogen an allgemeinbildenden Schulen für den Bereich der Lern-1241 und Entwicklungsstörungen als festen Bestandteil etablieren. Die Arbeit 1242 der Förderzentren soll somit schrittweise in die allgemeinen Schulen über-

Berufsschulen zu branchenorientierten Kompetenzzentren

Die Region Hannover steht als Trägerin der berufsbildenden Schulen in der Verantwortung, ein zukunftsfähiges Berufsschulangebot zu unterbreiten, das auch künftig den sich wandelnden Anforderungen an beruflicher Bildung gerecht wird. Denn die berufliche Erstausbildung ist eine wichtige Grundlage für den späteren Beruf.

Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu garantieren, brauchen wir eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung im dualen System. Wir werden deshalb unsere Strategie zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen in der Region Hannover zu branchenorientierten Kompetenzzentren beruflicher Bildung fortsetzen. Das bedeutet, dass wir das Angebot von berufseinführenden Bildungsgängen, der Berufseinstiegsklasse, das Berufsvorbereitungsjahr und Weiterbildungsangeboten im vollzeitschulischen Bereich ausbauen werden. Unser Ziel bleibt es. durch diese Maßnahmen jedem jungen Menschen mit qualifizierendem Schulabschluss den Weg in eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

Darüber hinaus werden wir uns hierfür einsetzen:

- Für die Weiterentwicklung des Konzeptes für berufsbildende Schulen, um eine Berufsausbildung auf zeitgemäßen technischem Niveau durch die Bündelung der fachlichen Kompetenz an den einzelnen Berufsschulstandorten anbieten zu können.
- Für die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertagesstätten.

1231 1232

1243

1244 1245

1246 1247

1248

1249

1250

1251

1252 1253

1254

1255

1256

1257

1258

1259

1260

1261

1262

1263 1264

1265 1266

1267

1268

1269

1270 1271

1272

1273

führt werden.

 Für eine Fortsetzung der "Qualitätsoffensive Kita" mit früher Sprachförderung und naturwissenschaftlicher Grundbildung.

- Für die Unterstützung besserer Arbeitsverhältnisse in Kitas durch bauliche Maßnahmen.
- 4. Für bezahlbares Wohnen und Leben in der Region

- Wer zurzeit in der Region Hannover eine Wohnung sucht, weiß dass preisgünstiger Wohnraum knapp ist. Das betrifft sowohl Miete als auch Eigentum. In der Region Hannover muss die Anzahl der zu bauenden Wohneinheiten bis 2020 um rund 1.500 auf 4.000 Wohneinheiten pro Jahr gesteigert werden, um den Bedarf zu decken. Die Reaktivierung von Gewerbebrachen und Konversionsflächen zur Schaffung von Wohnraum ist intensiv voranzutreiben und besonders zu fördern Gleiches gilt für die verstärkte Innenentwicklung in den Regionskommunen. Es bedarf eines ausreichenden und dem Ziel des ressourcensparenden Flächenverbrauchs angemessenen Angebots an neuen Flächen für die Errichtung neuen Wohnraums in den Regionskommunen.
- Die Region Hannover wächst: Der Druck auf den Wohnungsmarkt hält an

Das Ballungsgebiet Region Hannover ist ein Zuzugsgebiet. Das ist erfreulich. Dieses Wachstum bedeutet, dass viele Menschen sich ihre Zukunft in der Region Hannover aufbauen wollen. Die Region Hannover ist attraktiv und ein schönes Zuhause. Diese Entwicklung sorgt aber auch für eine Knappheit am Wohnungsmarkt und damit für starke Mietpreissteigerungen und hohe Preise für Eigentum. Von dieser Entwicklung sind vor allem Einkommensschwächere betroffen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können. Gerade ihre Wohnraumversorgung ist deshalb ein zentrales Handlungsfeld für die Region Hannover.

Wir wollen, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Sozialdemokratische Wohnraumpolitik muss dafür Sorge tragen, dass sich alle Menschen in der Region Hannover mit Wohnraum versorgen können, ohne Lebensqualität zu verlieren. Der Bau von bezahlbarem Wohnraum muss in Zukunft deshalb wieder stärker in den Fokus aller politisch Verantwortlichen treten. Um guten und bezahlbaren Wohnraum für alle in der Region zu gewährleisten, muss das Angebot sowohl zur Wohneigentumsbildung als auch das Angebot an Mietwohnungen durch Neubau und Modernisierung des Bestandes verbessert werden.

Wohnraumförderprogramm für sozialen Wohnungsbau

Wir haben auf diese Entwicklungen mit dem Wohnraumförderprogramm der Region Hannover reagiert. Mit unserer Wohnraumförderung wollen wir zusätzliche Wohnraumangebote mit niedrigen Mieten fördern. Unser Ziel ist die Erhöhung des Anteils bezahlbarer Mietwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen und von Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen. Dafür haben wir von 2015 bis 2017 insgesamt 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Wir werden diese Mittel bei Bedarf anheben und speziell auf den sozialen Wohnungsbau ausrichten.

Zentrales und barrierefreies Wohnen

Wichtig ist für uns auch das Angebot an seniorengerechten Wohnungen zu erhöhen. In der öffentlichen Wohnraumförderung der Region muss daher auch ein Schwerpunkt auf barrierefreien Wohnungsangeboten für ältere Menschen sein. Diese müssen auch in die nachgefragten Zentren und gut integrierten Wohnlagen gelegt werden. Barrierefreie Wohnungen helfen dabei nicht nur älteren Menschen, sondern allen, die in ihrer Beweglichkeit eingeschränkt sind.

Die Nachfrage nach Wohneigentum wollen wir dabei aufgrund der knappen Flächenressourcen nach Möglichkeit auch verstärkt in den bisherigen Bestand lenken. Insbesondere die Nachnutzung und Sanierung von Gewerbebrachen sind uns hierbei ein wichtiges Anliegen.

Darüber hinaus werden wir uns hierfür einsetzen:

 Für die regionale Wohnraumförderung zur Umsetzung kommunaler Handlungskonzepte der Städte und Gemeinden in der Region Hannover.

• Für eine Wohnungsbauinitiative Region Hannover, insbesondere die Entwicklung eines Regionalen Wohnraumversorgungskonzeptes, Erstellung eines Wohnbauflächenkasters, eine zentrale Anlaufstelle für Wohnbauflächenentwicklung, für Mietspiegel und Wohnungsmarktbeobachtung, sowie Wohnraumförderung und flankierende wohnbegleitende soziale Leistungen mit dem Ziel, den Bau von bezahlbarem Wohnraum in der Region Hannover zu steigern.

• Für die Zusammenarbeit mit der Kreissiedlungsgesellschaft Hannover und den Regionskommunen, um den sozialen Wohnungsbau mit kommunalen Belegrechten in der Region Hannover voranzubringen.

• Für die Förderung von Wohnprojekten für Mehrgenerationenwohnen wie Projekte für obdachlose Menschen.

5. Für eine moderne Mobilität in der Region - Verkehrswege in die Zukunft

Wenn Menschen von einem Ort zu einem anderen gelangen wollen, brauchen sie eine öffentliche Infrastruktur, die niemanden ausschließt. Wir setzen uns deshalb für eine bedürfnisgerechte Mobilität für alle ein. Das bedeutet, wir wollen notwendige und gewünschte Mobilität für alle Menschen in der Region Hannover fördern und überflüssigen Autoverkehr vermeiden. Unsere Mobilitäts- und Verkehrspolitik ist daher untrennbar von einem wirksamen Klimaschutz. Von unserem motorisierten Verkehr gehen auch heute noch erhebliche CO2-Emmissionen aus. Dennoch wird auch das Auto, gerade im ländlichen Raum ein wichtiges Verkehrsmittel bleiben.

Schon in der Vergangenheit haben wir in diesem Bereich entscheidende Maßnahmen auf den Weg gebracht. Sei es durch den Ausbau der Barrierefreiheit im ÖPNV, durch die Einführung des Sozialtickets oder mit der Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplans "pro Klima". So sollen die verkehrsbedingten CO2-Emissionen im Personenverkehr um 40 % bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 reduziert werden.

Leistungsfähiger und bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr für alle

Das wichtigste Instrument unserer Mobilitätspolitik ist ein moderner, leis-tungsfähiger und für alle bezahlbarer öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV). Den haben wir mit üstra, RegioBus, S-Bahn, Regionalexpresslinien und vergleichbaren Angeboten wie Erixx und Metronom schon heute. Das beweisen deutliche Fahrgastzuwächse, trotz milden Winter und Spritprei-sen im Keller. Wir wollen seine Attraktivität aber weiter steigern, indem wir eine schrittvolle Taktverbesserung umsetzen, die Barrierefreiheit aus-bauen und die Dichte des Haltestellennetzes erhöhen. So wollen wir den ÖPNV den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Unser langfristiges Ziel ist ein öffentlicher Nahverkehr, mit dem alle Berei-che der Region Hannover einfach von jeder Regionskommune erreicht werden können – auch von außerhalb gelegenen Wohnorten. Wir setzen uns für die kostenlose ÖPNV-Nutzung für alle Schülerinnen und Schüler an allen Schulen und Berufsschulen der Region Hannover ein. Wir möchten, dass junge Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situati-on in der Lage sind, sich in der Region Hannover frei zu bewegen. Mobilität ist ein soziales Recht, das ohne unüberwindbare Hürden zugänglich sein muss. Gerade Schülerinnen und Schüler sind aber oft finanziell nicht in der

- Lage, sich uneingeschränkt in der Region zu bewegen. Mit unserem "Freifahrtschein" für Schülerinnen und Schüler wollen die soziale und individuelle Mobilität für die Jüngeren in der Region Hannover deshalb verstärken.
 Die Attraktivität des ÖPNV wollen wir damit nachhaltig steigern. Auch das
 ist eine Investition in den Klimaschutz. Wer schon früh die Vorzüge des
 ÖPNV kennenlernt, steht seiner Nutzung später aufgeschlossen gegenüber.
- Darüber hinaus werden wir die Direktverbindungen auch aus den angren-1408 zenden Landkreisen verbessern und das Tarifsystem optimieren. Insbeson-1409 dere für Nahpendler, die auf flexible Angebote angewiesen sind, soll es 1410 neue Tarife geben, die einen Anreiz zur stärkeren Nutzung des ÖPNV ge-1411 ben. Wir streben eine Überarbeitung und Verbesserung d des RegioBus-1412 netzes an, das den veränderten Bedürfnissen der Fahrgästen entspricht. 1413 Bei weiter steigenden Fahrgastzahlen wollen wir auch den Bau weiterer 1414 Stadtbahntrassen untersuchen. 1415

Klimaneutrale Mobilität ist das Ziel

1416

1417 1418

1419

1420

1421

1422

1423

1424

1425

1426

1427

1428

1429

1430

1431

1432 1433

1434 1435 Wir wollen eine klimaneutrale Mobilität erreichen. Fahrzeuge der Region oder Unternehmen der Region wollen wir deshalb Schritt für Schritt CO2-neutral fahren lassen. Die Busse der RegioBus Hannover GmbH und Üstra AG sowie alle Fahrzeuge der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) und der Regionsverwaltung sollen nach und nach mit Elektrooder Wasserstoffantrieb ausgestattet werden. Die Stadtbahnen der Üstra AG wollen wir weiterhin mit Ökostrom versorgen. Das kann nicht von heute auf morgen passieren, aber wir wollen heute damit beginnen. In der Elektromobilität und anderen CO2-freien Antriebssystemen sehen wir einen wesentlichen Faktor, um Mobilität mit klimaschützender und umweltschonender Verkehrspolitik in Einklang zu bringen. So können wir gemeinsam eine Verbesserung der Luftqualität, die Reduktion der Lärmbelastung und des Schadstoffausstoßes erzielen um die Lebensqualität von uns allen steigern.

Der Elektromobilität gehört die Zukunft

Der Elektromobilität gehört heute schon die Zukunft. Ihr wird ein immer höherer Stellenwert zukommen. Die erforderliche Infrastruktur für das Laden der Fahrzeuge an eigens dafür eingerichteten Ladestationen wollen wir deshalb fördern und ausbauen. Für Innovationen im Bereich E-Mobilität sehen wir eine Chance für die Verknüpfung von Forschung und Wirtschaft. Wir wollen hierzu das Förderprogramm "Schaufenster Elektromobilität" des Bundes für die Region nutzen.

Fahrradfreundlich ist klimafreundlich

Fahrradfahren macht nicht nur Spaß, es ist auch klimaneutral. Wir wollen den Anreiz für die Wahl des Fahrrades deshalb steigern. Mit einem abgestimmten Radverkehrskonzept wollen wir die Entwicklung des Radwegenetzes in der Region voranbringen, Fahrradfahren sicherer machen und insbesondere Radschnellwege ausbauen. Auch die Kombination zwischen Radverkehr und ÖPNV werden wir hierzu fördern. Die Chancen, die sich durch die Verbreitung von Elektrofahrrädern dabei ergeben, müssen vorausschauend schon heute genutzt werden.

Kombination nachhaltiger Verkehrsmittel

Um die Angebote zur Kombination nachhaltiger Verkehrsmittel zu steigern, wollen wir mehr Leihfahrradstationen an einzelnen Bahnhöfen der Deutschen Bahn AG und in zentralen Punkten des Stadt-Ballungszentrums einrichten. Bike & Ride-Plätze und die Fahrradtransportplätze in Straßenbahnen haben sich hierzu bewährt. Ihre Anzahl wollen wir schrittweise erweitern. Ergänzend soll auch der Ausbau der Carsharing-Angebote im gesamten Regionsgebiet gefördert werden.

E-Mobilitätskarte zur Förderung nachhaltiger Verkehrsmittel

Wir wollen für die Region Hannover eine E-Mobilitätskarte oder eine Mobilitäts-App einführen. Hiermit können sie verschiedene nachhaltige Verkehrsangebote zu attraktiven Preisen und bequem nutzen. Die Mobilitätskarte soll wie ein digitaler Fahrschein für alle integrierten Angebote, wie z.B. Bahn, S-Bahn, Regiobus, Üstra, Leihräder, Carsharing oder auch die Reservierung für Elektroladestationen und Rabatte auf Taxi-Fahrten zu Bestpreis-Angeboten beinhalten.

Verlagerung von Güterverkehr auf Schiene und Wasserwege

Die Nutzung und Ergänzung unterschiedlicher Transportmittel ist aber auch im Wirtschafts- und Güterverkehr wichtig. Wir wollen deshalb eine fortschreitende Verlagerung des Straßengüterverkehrs auf alternative Verkehrswege erreichen. Logistikstandorte in der Region Hannover sollen vor allem dort entstehen, wo es eine direkte Schieneninfrastruktur und andere Umschlagplätze gibt. Durch den Ausbau von entsprechenden Verkehrswegen kann eine Verlagerung von 30% des Straßengüterverkehrs auf Schiene und Wasserwege erreicht werden. Wir geben den ökologisch günstigsten Verkehrsträgern und dem kombinierten Verkehr Vorrang.

Darüber hinaus werden wir uns hierfür einsetzen:

• Für den Erhalt des Sozialtarifs im ÖPNV.

• Für den weiteren barrierefreien Ausbau des ÖPNV,

• Bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen ist ein zeitgemäßer Komfort (insb. kostenloses WLAN, USB-Ladestation u. ä.) zu installieren, um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen. Aus ökologischen Gründen ist die Anschaffung von E-Bussen zu intensivieren.

• Wir wollen unter Fortführung des eigenständigen regionalen Freizeit-, Fuß- und Radwegenetzes in der Region Hannover das Radwegege-und Wanderwegenetz kontinuierlich und naturverträglich weiter ausbauen. Dabei sollen insbesondere für Radschnellwege die Synergieeffekte von Naherholungswegen und notwendigen Verkehrswegen (Bundes-und Wasserstraßen) genutzt werden.

• Für weitere Stadtbahnverlängerungen, um die Qualität des ÖPNV-Angebotes auszuweiten.

Für den Ausbau von asphaltierten Straßen am Mittellandkanal

• Für mehr Verkehrssicherheit und gegenseitige Rücksichtnahme.

6. Für gutes Klima, neue Energien und eine grüne Region

Wir müssen Energie sparen, sie effizienter nutzen und aus erneuerbaren Quellen herstellen. Denn Klimaschutz- und Energiepolitik lassen sich nicht trennen. Um die Erderwärmung effektiv zu bekämpfen, muss der Ausstoß von dem Treibhausgas CO2 bis 2020 um 40% gegenüber 1990 verringert werden. Deshalb wollen wir in der Region Hannover Treibhausgase weiter reduzieren, erneuerbare Energien fördern, Effizienztechnologien unterstützen und erschöpfliche Energien sparen. Für uns ist die Energiewende eine Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhunderts. Sie muss vor Ort umgesetzt werden. Unser langfristiges Ziel ist eine klimaneutrale Region Hannover.

Energiewende bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass beim stetigen Ausbau der erneuerbaren Energien immer die sichere Versorgung mit sauberem Strom zu einem bezahlbaren Preis sichergestellt sein muss.

Die Natur wollen wir in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum bewahren, um Räume für Erholung und Muße zu erhalten. Wir wollen mit unserer Politik einen Beitrag für die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen leisten. Der Landschafts- und Naturschutz ist eine wichtige Grundlage unserer Umweltpolitik.

Masterplan "100 % für den Klimaschutz"

Der in den letzten Jahren von der Region Hannover erarbeitete Masterplan "100% für den Klimaschutz" ist eine wichtige Grundlage unseres politischen Handelns: Energieeffizienz und ein optimiertes Energieversorgungssystem auf der Basis erneuerbarer Energien wird zu einem wichtigen Standortfaktor. Denn wenn es gelingt, als Region weiter an der Spitze der Energiewende zu bleiben, wird das auch international Aufmerksamkeit erzeugen und Investitionen anziehen.

Unterstützung und Beratung weiter verbessern

In der energetischen Gebäudesanierung und im energiesparenden Neubau liegt ein großes Potential für Energieeinsparungen. Heizung in den kalten Monaten und Kühlung in den warmen Monaten des Jahres stellen den größten Anteil am Energieverbrauch dar. Wir haben schon vor Jahren darauf reagiert und mit der Klimaschutzagentur eine wichtige Beratungsund Unterstützungseinrichtung zum Thema Energieverbrauchssenkung gegründet.

Die Klimaschutzagentur hat seit ihrer Gründung durch aktive Beratung vielen Unternehmen und Privathaushalten aufgezeigt, wie sie Energie sparen können und trotzdem keinen Wohnkomfort einbüßen müssen. Die Klimaschutzagentur ist unerlässlich, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Betriebe in der Region eine zuverlässige Anlaufstelle für Fragen zur Energieeffizienz anzubieten. Deshalb wollen wir die Klimaagentur weiter unterstützen und ausbauen.

Bei allen Maßnahmen dürfen wir diejenigen nicht vergessen, für die Sanierungen finanziell nur schwer zu schultern sind. Wir brauchen deshalb auch schnell greifende Ausgleichmechanismen für einkommensschwache Haushalte, damit Energieeinsparung und -sanierung nicht zum Privileg wird.

Der von den Städten Hannover, Hemmingen, Laatzen, Langenhagen, Ronnenberg und Seelze sowie den Stadtwerken Hannover AG (enercity) getragene Klimaschutzfonds (proKlima - Der enercity-Fonds) ist einzigartig in der Region Hannover. Er ist Vorbild für die gesamte Region. Wir wollen

deshalb prüfen, ob er sich mit Hilfe der Region Hannover auf das Gebiet der gesamten Region ausdehnen lässt.

Kuratorium Klimaschutzregion Hannover als zentrale Dialogplattform

Die Energiewende und der Klimaschutz können nur gelingen wenn alle an einem Strang ziehen. Wir wollen deshalb alle Beteiligten an einen Tisch bringen und gemeinsam wichtige Maßnahmen für den Klimaschutz auf den Weg bringen. Das Kuratorium Klimaschutzregion Hannover soll hierfür zur zentralen Dialog-Plattform mit beratender Stimme werden. Es wurde bereits im Jahr 2012 gegründet und besteht aus ca. 50 Mitgliedern aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft sowie aus Kammern und Verbänden. Alle großen Klimaschutzakteure in der Region Hannover tauschen sich hier aus.

Landschafts- und Naturräume in der Region Hannover

Die SPD will die Qualität unterschiedlicher Landschafts- und Naturräume in der Region Hannover schützen und erhalten. Sie sind nicht nur für die Naherholung von hoher Bedeutung, sondern übernehmen auch wichtige Funktionen für das Regionsklima. Räume mit besonderer Bedeutung für das Klima werden wir besonders schützen und aufwerten. Vor allem Moore sind als CO2-Speicher von großer Bedeutung. Mit der Umsetzung der Ziele des aktuellen Landschaftsrahmenplans wollen wir die Artenvielfalt und Schönheit der Natur in der Region erhalten.

Naherholung und nachhaltiger Tourismus

Wir wollen auch die Naherholungsmöglichkeiten in der Region weiter verbessern. Dies geht mit einer steigenden Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einher. So sollen insbesondere Konzepte, wie wir Natur und Landschaft erlebbar machen können, weiterentwickelt werden. Dazu gehören beispielsweise der "Grüne Ring", die "Gartenregion", der Naturpark Steinhuder Meer, die Moorrenaturierung "Hannoversche Moorgeest", die "Nordhannoversche Moorroute" oder das Grünverbindungskonzept Sehnde-Lehrte-Burgdorf. Freiräume für Naherholung müssen unter Berücksichtigung der Polange von Natur und Landschaft weiterentwickelt

rücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft weiterentwickelt werden. Wir wollen die unterschiedlichen Projekte konzeptionell steuern und auf diese Weise Naherholung und Naturschutz in Einklang bringen.

Der Naturpark Steinhuder Meer ist ein gutes Beispiel dafür, wie Naherholung und Naturschutz in Einklang gebracht werden können. Die Region Hannover hat immer darauf Wert gelegt, den Ansprüchen an eine gute Naherholung für die Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden, ohne den Naturschutz zu vernachlässigen.

Wir wollen in diesem Sinn den Ausbau des Naturparks Steinhuder Meer als ganzjähriges Ausflugziel für die Menschen aus der Region und darüber hinaus fördern. Für uns bleibt deshalb die Schlammentnahme aus dem Steinhuder Meer und die für die Ablagerung des entnommenen Schlamms erforderlichen Polder unverzichtbar. Dies ist wichtig für den Erhalt unserer Region als national und international bedeutendes Segelrevier. Der Segelsport stellt für den Tourismus und die Naherholung unserer Bevölkerung einen wichtigen Faktor dar.

Unser Leitbild ist deshalb ein nachhaltiger Tourismus. Der Naturpark wie auch alle weiteren Landschafts- und Naturräume sollen für viele Menschen erlebbar sein und ihnen näher gebracht werden. Denn erst, wer um die Besonderheiten und Schönheiten der Naturräume in der Region weiß, wird sie wertschätzen und schützen.

Darüber hinaus werden wir uns hierfür einsetzen:

• Für die Vielfalt der Natur, den Reichtum ihrer Arten und die unwiederbringliche Eigenart naturnaher Landschaften.

• Für die Nutzung regenerativer Energien und besonders für die Nutzung der Potenziale beim Austausch alter Windkraftanlagen gegen neue (sog. "Repowering").

• Für Rententionsraum für nachhaltigen Hochwasserschutz und für die Anpassung an den Klimawandel.

• Für die stärkere Nutzung des Instruments der Umweltbildung. mit zusätzlichen Angeboten in unterschiedlichen Sprachen (auch leichte Sprache).

• Für die Überarbeitung von Landschaftsschutzgebieten und die Sanierung von Altlasten.

• Für eine kundenorientierte, umweltbewusste und bezahlbare Entsorgung des Restmülls sowie der Wertstoffe in kommunaler Hand.

• Für Anreize zur Abfallvermeidung.

- Für eine Sicherung der kommunalen Darseinsvorsorge. Darum sollen Wertstoffe dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (aha) überlassen werden.
- Für die Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität in sozial benachteiligten Wohnquartieren. Dazu gehören für uns auch die Verbesserung der Freiraumqualitäten und die Umsetzung von aktiven und passiven Lärmschutzmaßnahmen gemeinsam mit den Kommunen.

 Für die Förderung der gut arbeitenden Ökologischen Station Steinhuder Meer (ÖSSM) sowie Mittlere Leine (ÖSML).

7. Für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik

Wir werden unsere solide Finanzpolitik fortsetzen. Sie hat zum Erfolg der Region Hannover beigetragen. Die Konsolidierung des Regionshaushaltes haben wir mit Augenmaß vorangebracht. Wir haben Einnahmen und Ausgaben realistisch geplant und ausgeglichene Haushalte verabschiedet. Die Städte und Gemeinden haben wir entlastet. Für 2016 kam es zu einer Senkung der Regionsumlage in Höhe einer Nettoentlastung von 20 Mio. Euro für die regionsangehörigen Kommunen. Dabei haben wir besonders auf den solidarischen Ausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstärkeren Kommunen geachtet.

Mit den Regeln guter Haushaltspolitik werden wir auch in Zukunft für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in der Region Hannover Sorge tragen. Die Unterstützung der ansteigenden Anzahl von Menschen die zu uns flüchten, ist wichtig und wird Geld beanspruchen. Aber die Region ist stark. Nicht zuletzt auch wegen unserer sozialdemokratischen Finanzpolitik. Sie wird diese Aufgabe gut und solide bewältigen.

Unsere Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden wir auch weiterhin in öffentlicher Hand behalten um für alle Menschen in der Region Hannover eine gleichermaßen hohe Qualität der erforderlichen Dienstleistungen zu gewährleisten. Privatisierungen, aber auch so genannte öffentlich-private Partnerschaften lehnen wir ab.

Die öffentlichen Arbeitgeber halten in der Region in ihren Verwaltungen und öffentlichen Unternehmen die meisten Arbeitsplätze vor. In Verwaltungen, Einrichtungen und Unternehmen werden jährlich viele junge Menschen ausgebildet. Wir wollen, dass die Region auch künftig als verlässliche Tarifpartnerin und aktive Ausbilderin qualifizierte Arbeitsplätze für qualifiziert ausgebildete junge Menschen bereitstellen kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in der Region Hannover, die eine solide Einnahmen- und Ausgabenpolitik für ausgeglichene Haushalte mit klugen Investitionen in unsere Zukunft verbindet. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. Wir werden auch weiter eine sparsame Haushalts- und Finanzpolitik verfolgen ohne notwendige Investitionen zu vernachlässigen. Mehr Zukunftsinvestitionen verbunden mit soliden kommunalen Finanzen – das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sind.

Darüber hinaus werden wir uns hierfür einsetzen:

 Für einen weiteren Schuldenabbau der kommunalen Haushalte in der Region

• Für eine weitere Unterstützung der finanziell schwächeren Kommunen in der Region

• Für eine gerechte Verteilung der finanziellen Belastungen auf die Kommunen der Region